

BGA-Agrarausschuss tagt in Bonn und veranstaltet sein traditionelles Barbecue

Der Ausschuss für Agrar- und Ernährungswirtschaft des BGA tagte Ende August in den Räumlichkeiten des Deutschen Fruchthandelsverbandes (DFHV) in Bonn. Es war für den BGA eine besondere Ehre und Freude, dass Dieter Krauß, Präsident des DFHV, aus diesem Anlass als Gast an der Sitzung teilnahm. Wie auch in den vergangenen Jahren fand am Abend das traditionelle Barbecue der im BGA organisierten Agrarverbände statt.

Erstes Schwerpunktthema der Ausschusssitzung war der Entwurf des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für ein Kontrollergebnis-Transparenz-Gesetz (KTG). Dr. Christiane Krüger, Leiterin des zuständigen Referates VI-2 im Ministerium für Klimaschutz, Umweltschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in NRW stellte die wesentlichen Inhalte der Maßnahme vor und erläuterte die Hintergründe. Das Ziel sei, den Verbrauchern die Ergebnisse amtlicher Lebensmittelkontrollen einfach und transparent zugänglich zu machen. Dadurch solle auch vermittelt werden, wie gut die Kontrollen funktionieren und wie gut die meisten Betriebe in dieser Hinsicht bereits arbeiten. In der anschließenden Diskussion kritisierten die Ausschussmitglieder, dass durch das Gesetz Wettbewerbsverzerrungen entstehen könnten, insbesondere für Unternehmen, die bundesweit und somit nicht ausschließlich in NRW tätig seien. Es wurde angeregt, Unternehmen, deren Kontrollergebnisse dauerhaft im mangelhaften Bereich seien, schlicht zu schließen, anstatt diese zu zwingen, schlechte Kontrollergebnisse zu veröffentlichen. Weiter sei zu beanstanden, dass die Unternehmen unter Umständen gezwungen werden, schlechtere und veraltete Kontrollergebnisse zu veröffentlichen, obwohl die Unternehmen gefundene Mängel bereits abgeschafft hätten.

Der Brexit und seine Auswirkungen

Zweiter Schwerpunkt der Sitzung war die Frage, ob und wie sich ein Brexit auf den Groß- und Außenhandel mit landwirtschaftlichen Produkten auswirkt. Dazu berichtete Dr. Hans-Christoph Behr von der Agrarmarkt Informations-

gesellschaft mbH (AMI). Behr machte deutlich, dass eine konkrete Aussage zum aktuellen Zeitpunkt nur schwer zu treffen sei, da maßgeblich für eine Bewertung die Ausgestaltung des Brexit sei. Er stellte zunächst den Handel mit Agrargütern zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich im Allgemeinen dar und ging dann auf einzelne Teilmärkte intensiver ein. Dazu gehörten unter anderem der Handel mit Fleischprodukten, mit Obst und Gemüse sowie mit Getreide und Ölsaaten. Sollte der Brexit tatsächlich kommen, werde die Selbstversorgung auf den britischen Inseln gegebenenfalls steigen, diese würden aber ein Zufuhrland bleiben. Denkbar sei, dass das Vereinigte Königreich seinen ehemaligen Kolonien stärkere Präferenzen einräumen, sehr große Veränderungen erwartete Behr jedoch nicht.

Darüber hinaus befasste sich der Ausschuss noch mit den Themen EU-Düngemittel-Verordnung, EU-Kontroll-Verordnung, Lebensmittelinformationsverordnung und dem Klimaschutzplan 2050. Der BGA informierte zu diesen Themen jeweils über den aktuellen Stand und die vom Verband ergriffenen Maßnahmen.

Gespräche bis tief in die Nacht

Abgerundet wurde der Tag durch das traditionelle Barbecue der im BGA organisierten Agrarverbände. Über 75 Vertreter aus Ministerien, Behörden und Wirtschaft kamen zusammen, um bei schönem Ambiente am Rhein die Gelegenheit zu nutzen, sich für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr zu bedanken und spannende und anregende Gespräche zu führen. Der Erfolg des Abends spiegelte sich

nicht nur in der größten Teilnehmerzahl der vergangenen drei Jahre wieder, sondern auch darin, dass die letzten Gäste die Veranstaltung erst nach Mitternacht verließen.

- ① Die nächste Sitzung des BGA-Ausschusses für Agrar- und Ernährungswirtschaft findet am 22. März 2017 in Berlin statt.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

BGA: Massiver Einbruch im Außenhandel

„Mit einer Bruchlandung beginnt der Außenhandel das zweite Halbjahr. Sowohl die Absatzmärkte in der EU als auch außerhalb weisen deutliche Einbußen in der Nachfrage auf. Mit zweistelligen Rückgängen sind die Exporte außerhalb der EU am stärksten zurückgegangen. Dies hinterlässt auch deutliche Spuren bei den Importen von dort, die ebenfalls einen zweistelligen Rückgang aufweisen. Lediglich der heimische Konsum weist eine stabile Entwicklung auf.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für den Monat Juli 2016 bekannt gegeben. Demnach betrug der Wert der deutschen Exporte 96,4 Mrd. Euro und der Wert der deutschen Importe 76,9 Mrd. Euro. Die Außenhandelsbilanz schloss damit mit einem Überschuss von 18,6 Milliarden Euro ab, ein Rückgang um 27 Prozent.

„Die ungewöhnlich vielen Krisenherde hinterlassen Ihre Spuren. Dies führt zu einer enormen Verunsicherung, die mit einem Ausbleiben von Investitionen einhergeht. So waren im ersten Halbjahr selbst die Ausfuhren in die USA um 4,5 Prozent und nach Asien um 0,3 Prozent gesunken. Die Handelspolitik könnte die dringend benötigten neuen Impulse liefern. An erster Stelle stehen hier die Handelsabkommen mit Kanada und den USA. Es ist mehr als fahrlässig, dass versucht wird, diese Impulse zu verhindern und Handelsabkommen wie TTIP kaputtzureden. Dies ist umso unverständlicher, da nicht nur die Marktzugangsbarrieren abgebaut werden, sondern auch die Standards erhöht werden. Insbesondere die Politik sollte hier ihrer Verantwortung auch gerecht werden“, so Börner abschließend.

- ① BGA-Pressemitteilung vom 9. September 2016

GROSSHANDEL

3. Wholesale Day in Brüssel

Der 3. Wholesale Day des europäischen Dachverbands EuroCommerce findet am **27. September 2016** in Brüssel statt. Thema der diesjährigen Veranstaltung ist der B2B Handel unter den verschiedenen Gesichtspunkten der Digitalisierung. Als Eröffnungsredner konnte Günther Oettinger, EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft und Gesellschaft, gewonnen werden. Die Veranstaltung wird sich zunächst mit den Herausforderungen und Möglichkeiten des digitalen Binnenmarktes für den Großhandel beschäftigen. Unter anderem wird Patrick Heinemann, Principal Competence Center Restructuring & Corporate Finance bei Roland Berger die aktuellen Ergebnisse der gemeinsamen BGA und Roland Berger Studie ‚Digitale Transformation des Großhandels‘ vorstellen. Im weiteren Verlauf wird über B2B-Onlineplattformen: Stammdatenverwaltung und Geschäftsdatenschutz diskutiert.

Den Abschluss des Programms bildet ein Panel zu digitalen Kenntnissen und Kompetenzen auf dem europäischen Arbeitsmarkt. Hier wird es vor allem um die Frage gehen, wie notwendig es ist, die beruflichen Ausbildungen auf europäischer Ebene anzupassen.

- ① Die Veranstaltung beginnt um 10.30 Uhr und findet in englischer Sprache in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU, Avenue Cortenbergh 30, 1. Stock in B-1040 Brüssel statt.
- ① Die Anmeldung ist unter folgendem Link möglich: <https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScTuSriFEaLlFlk-NfAXFKnpygMYD0uphckD8CPdASgesYZQw/viewform>
- ① Ein detailliertes Programm können Sie direkt [hier](#) herunterladen oder unter der Mailadresse: event@eurocommerce.eu anfordern.

AUSSENHANDEL

Einladung Wirtschaftsforum Albanien

Die politischen und wirtschaftlichen Perspektiven Albaniens im Zuge der EU-Integration nach Verabschiedung der Justizreform stehen im Mittelpunkt des Wirtschaftsforum Albanien, das am Montag, **10. Oktober 2016**, von 10.00 Uhr bis 19.00 Uhr, in der Kühne Logistics University, Großer Grasbrook 17, 20457 Hamburg, stattfindet. Der BGA lädt in Kooperation mit der DAW hierzu an wirtschaftlichen Kontak-

ten in Albanien Interessierte zur Teilnahme ein. An der Veranstaltung nehmen neben Prof. Dr Thomas Strothotte, Geschäftsführer der KLU, Premierminister Edi Rama sowie Uwe Beckmeyer MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, teil. Weiterhin werden Unternehmer über ihre Erfahrungen berichten. Die Teilnahme ist kostenfrei, es wird jedoch um Anmeldung gebeten. Im Anschluss an die Konferenz besteht die Möglichkeit, die Informationen bei einem Get together zu vertiefen.

i Anmeldungen an die DAW per Fax unter 030 / 59 00 99– 519 oder elektronisch unter michael.alber@bga.de. Die Konferenz wird in englischer Sprache durchgeführt. Einladung, Programm und Rückmeldungsoptionen können angefordert werden.

[Michael Alber]

KONJUNKTUR

Schwacher Juli in der Industrie trübt Ausblick

Im Juli ist die Produktion im Produzierenden Gewerbe unerwartet stark zurückgegangen. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes fiel die Produktion gegenüber dem Vormonat um 1,5 Prozent. Innerhalb der Industrie war die Produktion von Investitions- und Konsumgüter deutlich rückläufig. Außerhalb der Industrie stand ein Anstieg in der Bauproduktion von 1,8 Prozent dem gegenüber.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind im Juli gegenüber dem Vormonat um 0,2 Prozent nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gestiegen, nachdem es zuvor einen Rückgang von 0,4 Prozent im Juni gab. Nicht nur aus dem Euroraum, sondern auch aus Ländern außerhalb der Euro-Zone gingen mehr Bestellungen ein, sie stiegen um 5,9 bzw. 0,6 Prozent. Diese kompensierten die verminderten Auftragseingänge aus dem Inland (-3,0 Prozent), so die Einschätzung des BMWi.

Insgesamt ist die bisherige Entwicklung der Auftragseingänge im Jahresverlauf schwach. Die Bestellungen der Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten fielen verhalten aus. Die Industrieunternehmen verhalten sich angesichts der schleppenden Weltkonjunktur weiter abwartend, so die Einschätzung des BGA.

[Moritz Melchior]

RECHT UND WETTBEWERB

Insolvenzanfechtung: Verbände drängen auf Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens

Acht Verbände der AG Mittelstand, darunter der BGA, haben sich am 9. September 2016 mit einem Brief an die Parlamentarischen Staatssekretäre von BMJV, BMAS, BMF und BMWi sowie die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen Recht und Verbraucherschutz, Finanzen, Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft und Energie der Regierungsfractionen gewandt.

In dem Schreiben wird nachdrücklich darum gebeten, dass Gesetzgebungsverfahren zur Insolvenzanfechtung rasch zum Abschluss zu bringen. Das Kernanliegen des Gesetzgebungsvorhabens, größere Rechtssicherheit bei der Vorsatzanfechtung zu schaffen, dürfe nicht durch Uneinigkeit über Regelungen, die das Ziel des Gesetzes nicht unmittelbar betreffen nicht gefährdet werden. Dazu gehört der Streit um das sog. Fiskalprivileg. Schon gar nicht dürfe dadurch der erfolgreiche Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens insgesamt in Frage gestellt werden.

Der Brief ist unter Federführung des BGA zwischen acht Mitgliedern der Verbände der AG Mittelstand abgestimmt worden. In demselben Format hatten sich die Verbände im Februar 2015 an BM Maas gewandt, um ihn auf die Notwendigkeit gesetzgeberischen Handels hinzuweisen und ihn an seine entsprechende Zusage anlässlich des Parlamentarischen Abends der AG Mittelstand im Juni 2014 zu erinnern.

i Das Schreiben kann angefordert werden.

[Alexander Kolodzik]

AGRAR- UND ERNÄHRUNGSWIRTSCHAFT

Schuler ist neuer Präsident des BVA

Die Mitglieder des Bundesverbandes der Agrargewerblichen Wirtschaft (BVA) haben Rainer Schuler im Rahmen der jüngsten BVA-Mitgliederversammlung einstimmig zum neuen Präsidenten des Verbandes gewählt. Schuler tritt die Nachfolge von Konrad Weiterer an, der seit Februar 2014 Präsident des BVA und im August dieses Jahres völlig überraschend verstorben war.

Der neue BVA-Präsident ist bereits seit zehn als Vorstandsmitglied und BVA-Vizepräsident aktiv in die Verbandsarbeit eingebunden gewesen. Er ist geschäftsführender Gesellschafter der Beiselen GmbH in Ulm, die er seit 1980 führt. Das Unternehmen ist eines der größten familiengeführten privaten Agrarhandelsunternehmen in Deutschland. Schwerpunkte seiner neuen Aufgaben im Verband will Schuler unter anderem in einer kontinuierlichen, fachlich fundierten Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit setzen.

[Sebastian Werren]

UMWELT UND ENERGIE

Abfall Anhörung zum Verpackungsgesetz

Anfang September fand im Bundesumweltministerium in Bonn die öffentliche Anhörung zum Verpackungsgesetz statt. Da sich das ursprünglich vorgesehene Wertstoffgesetz derzeit politisch nicht realisieren lässt, schlägt das Bundesumweltministerium nun ein Verpackungsgesetz vor, bei dem stoffgleiche Nichtverpackungen wie z.B. Kunststoffprodukte, nicht erfasst sind. Ein Gesetz ist wegen der nun erstmals eingeführten Zentralen Stelle erforderlich, die mit hoheitlichen Aufgaben zur Erfüllung des Gesetzes ausgestattet werden soll. Neben der Einführung der zentralen Stelle weist der Gesetzesvorschlag keine größeren Veränderungen zur bisherigen Verpackungsverordnung auf. In der Anhörung verwies der BGA deshalb darauf, dass man mit einem Verpackungsgesetz besser warten solle, bis die gerade anstehende Überarbeitung der europäischen Abfallregelungen im Rahmen von Circular economy verabschiedet ist. Denn andernfalls müsse das Gesetz schon bald wieder verändert werden. Am Gesetzesentwurf selbst sieht der BGA bei der Zentralen Stelle erheblichen Änderungsbedarf. Dies betrifft einmal die zu vielen Aufgaben, die der zentralen Stelle übertragen werden sollen und die zu einer zusätzlichen Bürokratie führen würden. Aber auch bei der Organisation beanstandet der BGA, dass die Vertreter nicht gebührend berücksichtigt werden. Vor allem muss aber dafür gesorgt werden, dass wegen der vielen Informationen, die bei der Zentralen Stelle anfallen, der Schutz der Daten und der Geschäftsgeheimnisse gewahrt bleibe. Kritisch sieht der BGA auch die Überprüfungspflichten durch die Händler, ob Hersteller systembeteiligungspflichtiger Verpackungen bei der Zentralen Stelle ordnungsgemäß registriert sind. Grundsätzlich darf der Handel nicht für die Produktverantwortung

der Hersteller zur Verantwortung gezogen werden. Zumindest muss dies aber realisierbar sein. Gerade wenn aber gefordert wird, dass der Händler stets auf der Internetseite der Zentralen Stelle die ordnungsgemäße Registrierung des Lieferanten prüfen soll, ist das bei mehr als 3000 Lieferanten in der Praxis schwer umsetzbar. Zumindest stichprobenartige Prüfungen sollten hier ausreichen, um nicht mit einem Bußgeld geahndet zu werden.

- ① Bis Ende September wird das BMUB die Stellungnahmen auswerten. Einen Kabinettsbeschluss möchte man Ende Oktober haben.

[Michael Faber]

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

- Stellungnahme zum Gesetzgebungsverfahren zur Insolvenzanfechtung
- Einladung Wirtschaftsforum Albanien

E-Mail Adresse

Zitat der Woche

»Wenn Ceta gegen die Wand fährt, dann wird zu meinen Lebzeiten vermutlich nicht mehr viel an Handelsabkommen auf den Weg gebracht.«

Günther Oettinger, EU Digitalkommissar, über die neuen Hürden für das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 19. September 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich